

EUROBAROMETER 75

FRÜHJAHR 2011

Europa 2020

BERICHT

Befragung: Mai 2011

Veröffentlichung: August 2011

Standard Eurobarometer 75 / Frühjahr 2011 – TNS opinion & social

Diese Umfrage wurde von der Generaldirektion Kommunikation im Auftrag gegeben und koordiniert.

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard-Eurobarometer 75 Frühjahr 2011

Europa 2020

Umfrage durchgeführt von TNS Opinion & Social
im Auftrag der Europäischen Kommission -
Generaldirektion Kommunikation

Koordiniert von der Europäischen Kommission -
Generaldirektion Kommunikation

INHALTSVERZEICHNIS

PRÄSENTATION.....	3
1. BEDEUTUNG, DIE DEN INITIATIVEN DER EUROPÄISCHEN UNION IM RAHMEN VON EUROPA 2020 BEIGEMESSEN WIRD	6
2. DIE MEINUNG ZU DEN BEZIFFERTEN ZIELEN DER EUROPÄISCHEN UNION IM RAHMEN VON EUROPA 2020	8
3. DIE PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR JEDE DER MASSNAHMEN	10
3.1 Prioritäten im Bereich Innovation.....	11
3.2 Prioritäten in Bezug auf junge Menschen.....	11
3.3 Prioritäten in Bezug auf das Internet.....	12
3.4 Prioritäten im Bereich Energie	13
3.5 Prioritäten im Bereich Industrie	14
3.6 Prioritäten im Bereich Arbeitsplätze und Qualifikationen	14
3.7 Prioritäten im Bereich der Armutsbekämpfung	15
4. DIE RICHTUNG, IN DIE SICH DIE EUROPÄISCHE UNION ZUR ÜBERWINDUNG DER KRISE BEWEGEN SOLL	19
TECHNISCHER HINWEIS.....	22

PRÄSENTATION

Im März 2010¹ lancierte die Europäische Kommission die Strategie Europa 2020, die zum Ziel hat, die europäische Wirtschaft aus der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise zu führen. Ziel ist es, die EU für die wichtigsten Herausforderungen des Jahrzehnts 2010-2020 zu rüsten, was mit Hilfe diverser Initiativen geschehen soll, die eine intelligente, nachhaltige und integrative europäische Wirtschaft begünstigen. Seit dem Standard-Eurobarometer 73 vom Frühjahr 2010 wird mit Hilfe der Eurobarometer-Umfragen die Beurteilung der Strategie Europa 2020 durch die Europäer gemessen. Dies ermöglicht es, sich ein wenig von den konkreten Indikatoren zu entfernen und deren langfristige Entwicklung zu verfolgen.

Im Standard-Eurobarometer vom Frühjahr 2011 (EB75) werden die EU-Bürger anhand von vier Schwerpunktthemen zu ihrer Meinung über die Strategie Europa 2020 befragt: Zuerst ging es um die Bedeutung, die sie den sieben von der Europäischen Kommission im Rahmen der Strategie Europa 2020 definierten Initiativen beimessen. Anschließend galt es zu ermitteln, ob sie die von der Europäischen Union bezifferten Zielsetzungen im Rahmen der Strategie Europa 2020 für realistisch halten. In der dritte Phase wurde die Meinung der EU-Bürger zu den zu ergreifenden Maßnahmen im Rahmen jeder der sieben Leitinitiativen der Strategie Europa 2020 eingeholt: Welchen davon soll die Europäische Union Vorrang einräumen? Und schließlich, nachdem die Bürger mit den zahlenmäßigen Zielen und den diversen im Rahmen der Strategie Europa 2020 geplanten Maßnahmen vertraut gemacht wurden, ging es darum, zu ermitteln, ob sie den Weg, den die Europäische Union zur Bewältigung der Krise eingeschlagen hat, für den richtigen halten.

Da diese Fragen bereits im Rahmen der vorhergehenden Eurobarometer-Umfragen, nämlich jener vom Frühjahr 2010 (EB73) und jener vom Herbst 2010 (EB74) gestellt wurden, soll auch die Entwicklung der Meinung der europäischen Bevölkerung analysiert werden.

Der Gesamtbericht des Standard-Eurobarometers 75 vom Herbst 2011 setzt sich aus mehreren Teilberichten zusammen. Im ersten Teil werden die Ergebnisse der historischen Indikatoren des Standard-Eurobarometers analysiert. In drei weiteren Teilen wird die aktuelle Meinung der EU-Bürger zu folgenden Themen präsentiert: Finanz- und Wirtschaftskrise; Strategie Europa 2020; das Budget der Europäischen Union. Der vorliegende Teilbericht widmet sich der Strategie Europa 2020.

Die allgemeine Analyse sowie die soziodemografischen Analysen beruhen auf den Durchschnittswerten der 27 Mitgliedstaaten. Diese Durchschnittswerte sind gewichtet, um die tatsächliche Bevölkerung jedes Mitgliedstaats widerzuspiegeln. Die für die vorhergehenden Jahre ermittelten Durchschnittswerte stellen die Ergebnisse so dar, wie sie in allen Mitgliedstaaten der Union in ihrer damaligen Zusammensetzung festgestellt wurden.

¹ http://ec.europa.eu/europe2020/index_fr.htm

*

*

*

Als Methode wurde die Vorgehensweise für Eurobarometer-Umfragen der Generaldirektion Kommunikation (Referat "Forschung und politische Analyse") angewendet. Im Anhang dieses Studienberichts finden sich technische Hinweise zu den von den Instituten des TNS Opinion & Social Netzwerks durchgeführten Befragungen. Darin sind zudem die Befragungsmodalitäten sowie die Konfidenzintervalle angeführt².

Die Website des Eurobarometers ist unter folgender Adresse abrufbar:

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_fr.htm

*An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Befragten in ganz Europa dafür bedanken,
dass sie sich die Zeit für diese Befragung genommen haben.*

Ohne ihre aktive Teilnahme wäre diese Studie nicht möglich gewesen.

² Die Ergebnistabellen sind im Anhang zu finden. Bitte beachten Sie, dass die Summe der in den Tabellen dieses Berichts angegebenen Prozentsätze 100% übersteigen kann, wenn die befragte Person die Möglichkeit hatte, auf eine Frage mehrere Antworten zu geben.

In diesem Bericht werden die Länder mit ihrer offiziellen Abkürzung bezeichnet. Im Folgenden die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen und die entsprechenden Langformen:

ABKÜRZUNGEN

EU27	Europäische Union – 27 Mitgliedstaaten
EU15	„EU15-Länder“*
NMS12	„NMS12“**
WN/KA	Weiß nicht/Keine Antwort
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Republik Zypern***
CY (tcc)	Gebiet, das nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird
LT	Litauen
LV	Lettland
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PLI	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SL	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Großbritannien
HR	Kroatien
TR	Türkei
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien****
IS	Island
ME	Montenegro

* Die EU15-Länder sind die 15 Länder, die vor den Erweiterungen im Jahr 2004 und 2007 die EU bildeten. Es handelt sich um Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Finnland, Schweden und Großbritannien.

** Die NMS12 sind die 12 „neuen Mitgliedstaaten“, die im Zuge der Erweiterungen im Jahr 2004 und 2007 zur Europäischen Union gestoßen sind. Es sind dies Bulgarien, die Tschechische Republik, Estland, die Republik Zypern, Litauen, Lettland, Ungarn, Malta, Polen, Rumänien, Slowenien und die Slowakei.

*** Zypern als Gesamtes ist einer der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Anwendung des gemeinsamen Besitzstandes (Acquis Communautaire) ist jedoch in jenem Landesteil, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird, ausgesetzt. Aus praktischen Gründen wurden ausschließlich die in dem von der Regierung der Republik Zypern verwalteten Landesteil durchgeführten Befragungen in der Kategorie „CY“ angeführt und in den Durchschnitt der EU27 einbezogen. Die Befragungen, die in jenem Teil des Landes durchgeführt wurden, der nicht von der Regierung der Republik Zypern verwaltet wird, scheinen in der Kategorie „CY(tcc)“ [tcc: *Turkish Cypriot Community – Türkisch-Zyprische Gemeinschaft*] auf.

**** Provisorische Bezeichnung, die in keiner Weise die endgültige Nomenklatur für dieses Land vorwegnehmen soll, die in den derzeit bei den Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen beschlossen wird.

1. BEDEUTUNG, DIE DEN INITIATIVEN DER EUROPÄISCHEN UNION IM RAHMEN VON EUROPA 2020 BEIGEMESSEN WIRD

- Die Europäer stellen soziale und umweltbezogene Maßnahmen voran -

Zuerst wurden die Befragten gebeten, die Bedeutung der sieben von der Europäischen Union (EU) im Rahmen der Strategie Europa 2020 definierten Maßnahmen zu beurteilen. Dazu mussten die Befragten für jede Maßnahme eine Note von 1 bis 10 vergeben, wobei 1 für „überhaupt nicht wichtig“ stand und 10 für „sehr wichtig“. Anschließend wurden die Prozentsätze in drei Antwortkategorien zusammengefasst: "Wichtig" für die Noten 7 bis 10, "einigermaßen wichtig" für die Noten 5 und 6 sowie "unwichtig" für die Noten 1 bis 4. Vor einem Jahr wurde im Rahmen der Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2010 (EB73) dieselbe Frage gestellt.

Was hierbei vor allem ins Auge sticht, ist, dass sechs von sieben Initiativen von der absoluten Mehrheit der Europäer als wichtig betrachtet werden: Das zeigt, dass sich die europäische Bevölkerung Maßnahmen zur Bewältigung der Krise und zur Vorbereitung der europäischen Wirtschaft auf das kommende Jahrzehnt wünscht. Auffallend ist auch, dass **soziale und umweltbezogene Maßnahmen in der Hierarchie der als am wichtigsten betrachteten Initiativen zuoberst stehen.**

Seit dem vergangenen Jahr bleibt die Meinung der EU-Bürger in Bezug auf diese Initiativen weitgehend unverändert. Es zeigt sich jedoch allgemein eine leicht steigende Tendenz: Sechs von sieben Initiativen wird mehr Bedeutung beigemessen. Zudem ist zu beobachten, dass jene Initiativen, die bereits im Frühjahr 2010 als die wichtigsten angesehen wurden, im Frühjahr 2011 den größten Zuwachs an Befürwortern verzeichnen. Somit hat sich die vor einem Jahr ermittelte Hierarchie in diesem Jahr gefestigt.

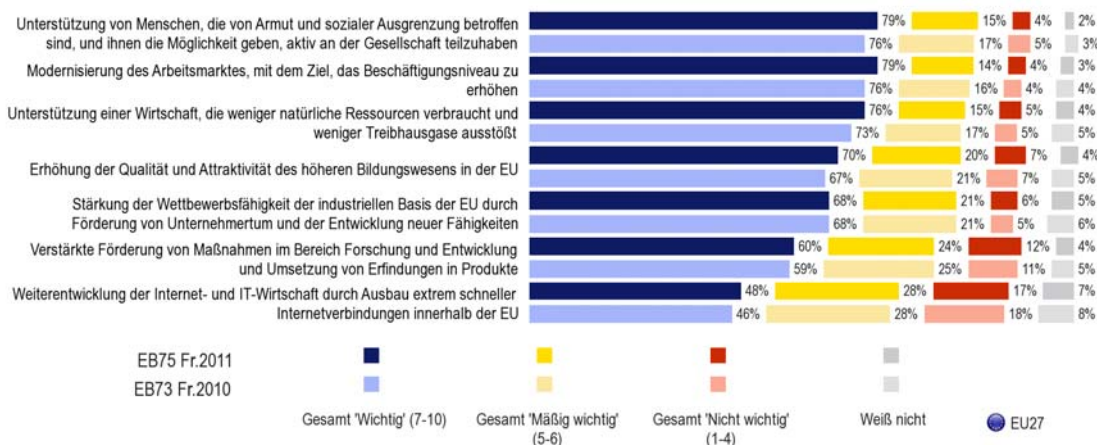
Im Detail betrachtet, zeigt sich, dass es mehr als drei Viertel der Europäer für wichtig erachten, Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, zu unterstützen und ihnen die Möglichkeit zu geben, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben (79%, +3 Prozentpunkte), den Arbeitsmarkt zu modernisieren, mit dem Ziel, das Beschäftigungsniveau zu erhöhen (79%, +3 Prozentpunkte) und eine Wirtschaft zu fördern, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht und weniger Treibhausgase ausstößt (76%, +3 Prozentpunkte). Der Kampf gegen Ausgrenzung, für Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung scheinen somit in Bezug auf ihre Dringlichkeit im oberen Drittel der Initiativen im Rahmen der Strategie Europa 2020 auf.

Hinsichtlich der Dringlichkeit entfallen auf drei weitere Initiativen zwischen 60 und 70% der Nennungen der EU-Bürger.

Es sind dies die "Erhöhung der Qualität und Attraktivität des höheren Bildungswesens in der EU" (70%, +3 Prozentpunkte), die „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Basis der EU durch Förderung von Unternehmertum und der Entwicklung neuer Fähigkeiten“ (68%, unverändert) und die „Verstärkte Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung und Umsetzung von Erfindungen in Produkte“ (60%, +1 Prozentpunkt). Unmittelbar nach den sozialen und umweltbezogenen Maßnahmen folgen somit Maßnahmen für Bildung, zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur Förderung von Forschung.

Eine einzige Initiative in dieser Reihung scheint den Europäern trotz einer leichten Zunahme weniger wichtig zu sein: „Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft durch Ausbau extrem schneller Internetverbindungen innerhalb der EU“ (48%, +2 Prozentpunkte). Etwas mehr als ein Viertel der Befragten betrachtet diesen Aspekt als „einigermaßen wichtig“ (28%, unverändert) und 17% (-1 Prozentpunkt) als „nicht wichtig“³.

QB1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.



Auch wenn man in dieser Hierarchie einige länderspezifische Unterschiede feststellen kann, lässt sich doch vor allem daraus schließen, dass die absolute Mehrheit der Bürger aus allen Mitgliedstaaten der Meinung ist, dass die sechs ersten Initiativen wichtig sind. Mit einer einzigen Ausnahme; namentlich Großbritannien in Bezug auf die Frage der verstärkten Förderung von Maßnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung (die eine relative Mehrheit, nämlich 47% als „wichtig“ betrachtet). Was die Weiterentwicklung der Internet- und IT-Wirtschaft angeht, sind die Antworten von Land zu Land unterschiedlicher. So herrscht innerhalb der Europäischen Union und bei jeder nationalen Bevölkerung Einigkeit über die Wichtigkeit der Maßnahmen der Union im Rahmen der Strategie Europa 2020, was bedeutet, dass diese Initiativen weitgehend den wesentlichen Erwartungen der EU-Bürger entsprechen.

³ QB1. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Initiativen, für wie wichtig oder unwichtig Sie diese halten, damit die EU aus der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise herauskommt und für das nächste Jahrzehnt gerüstet ist. Nutzen Sie dafür bitte eine Skala von 1 bis 10, wobei '1' bedeutet, dass Sie diese Initiative für "überhaupt nicht wichtig" halten, und '10', dass diese Ihrer Meinung nach "sehr wichtig" ist.

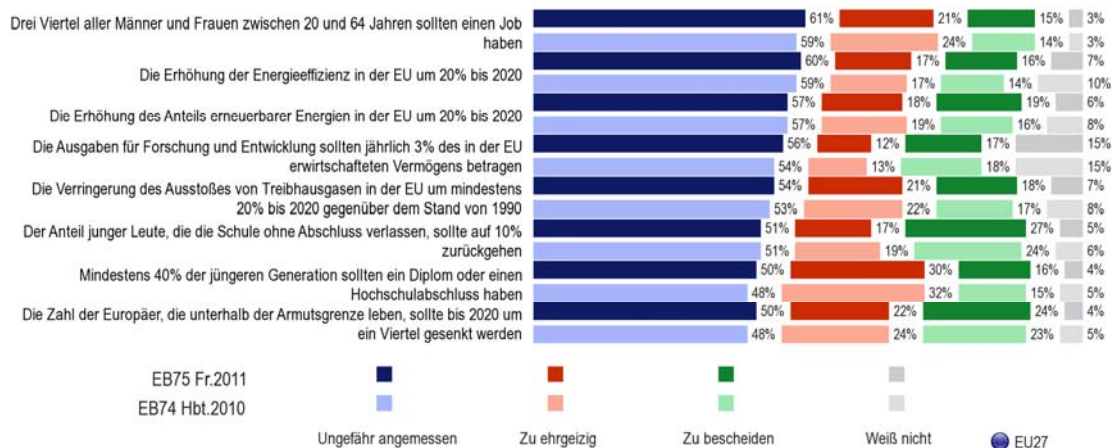
2. DIE MEINUNG ZU DEN BEZIFFERTEN ZIELEN DER EUROPÄISCHEN UNION IM RAHMEN VON EUROPA 2020

- Die bezifferten Ziele von Europa 2020 erscheinen einer Mehrheit der Europäer realistisch -

Nachdem die diversen Initiativen entsprechend ihrem Bedeutungsgrad gereiht wurden, wurden die EU-Bürger gebeten, anzugeben, für wie realistisch sie die von der EU im Rahmen der Strategie Europa 2020 zur Ausrichtung der europäischen Wirtschaft festgelegten Ziele halten.

Mindestens jeder zweite EU-Bürger betrachtet die acht von der Union definierten Ziele als „ungefähr angemessen“, wobei die Anteile zwischen 50% („Die Zahl der Europäer, die unterhalb der Armutsgrenze leben, sollte bis 2020 um ein Viertel gesenkt werden“ und „Mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben“) und 61% („Drei Viertel aller Männer und Frauen zwischen 20 und 64 Jahren sollten einen Job haben“) schwanken. **Somit hält die absolute Mehrheit der Europäer alle quantitativen Ziele der Strategie Europa 2020⁴ für „ungefähr angemessen“, d.h., für realistisch.**

QB2. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der EU erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.



Diese Frage wurde bereits im Rahmen der vorhergehenden Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2010 (EB74) gestellt, und damals ergab die Analyse eine leichte Veränderung gegenüber dem Frühjahr 2010: Zum einen die Verringerung des Prozentsatzes der Europäer, die diese Ziele für realistisch hielten, und zum anderen der gleichzeitige Anstieg der Anzahl jener, die diese Ziele für „zu ehrgeizig“ hielten. Dieser Trend setzt sich bei der diesjährigen Frühjahrsbefragung 2011 nicht mehr fort, sondern kehrt sich sogar um: So steigt der Anteil der Europäer, die diese Ziele für glaubwürdig halten, leicht an. Bei allen Zielen geht hingegen die Anzahl derjenigen, die "zu ehrgeizig" angeben, in sehr geringem Maß zurück oder bleibt gleich.

⁴ QB2. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der EU erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.

Aus der Analyse gehen einige länderspezifische Besonderheiten hervor, die bei der Beurteilung der zahlenmäßigen Ziele der Strategie Europa 2020 deutlich erkennbar sind.

So halten **in Italien** die meisten Befragten diese Ziele für realistisch, und jedes Ziel verzeichnet 10 bis 19 Prozentpunkte mehr als im EU-Durchschnitt.

Die Befragten auf **Zypern** hingegen zweifeln in einigen Fällen am ehesten die Glaubwürdigkeit dieser Ziele an: Bei drei von acht Zielen ist der Anteil jener, die diese für "zu ehrgeizig" halten, am größten. Die Befragten in **Deutschland** heben sich durch einen sehr großen Anteil jener ab, die das Ziel, mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben, für unrealistisch halten (58% gegenüber dem europäischen Durchschnitt von 30%).

Die Meinung der Befragten in **Schweden** hingegen unterscheidet sich vom EU-Durchschnitt dadurch, dass sich die Befragten ehrgeizigere Ziele wünschen. So ist in Bezug auf alle Ziele der Anteil jener, die „zu bescheiden“ angeben, wesentlich höher: Beispielsweise wird das Ziel "Mindestens 40% der jüngeren Generation sollten ein Diplom oder einen Hochschulabschluss haben" von 69% der Befragten in Schweden als zu bescheiden bewertet (gegenüber 16% der Europäer) und "Der Anteil junger Leute, die die Schule ohne Abschluss verlassen, sollte auf 10% zurückgehen" wird von 56% als zu bescheiden beurteilt wird (gegenüber 27% der Europäer). Um mindestens 10 Prozentpunkte höher als im EU-Durchschnitt ist der Anteil jener, die „zu bescheiden“ angeben, auch in **Belgien**, bei sieben von acht Zielen, und in **Luxemburg**, bei sechs von acht Zielen. In **Österreich** ist dies bei den drei Zielen im Bereich Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung der Fall.

Hinter der leicht steigenden Tendenz, die sich seit der letzten Umfrage im Herbst 2010 auf europäischer Ebene zeigt, verbergen sich gewisse Veränderungen in einigen Mitgliedstaaten erkennen. So ist bei allen in Belgien, Bulgarien, Griechenland, den Niederlanden, Rumänien, Schweden und Großbritannien getesteten Zielen der Anteil derjenigen Befragten, die mit „zu bescheiden“ antworten, steigend oder gleichbleibend, was auf einen zunehmenden **Optimismus in Bezug auf die Erreichung der verschiedenen Ziele der Strategie Europa 2020** hindeutet.

Umgekehrt zeigt sich in Spanien, Portugal und Rumänien bei der Antwort „zu ehrgeizig“ in Bezug auf alle acht Ziele ein Anstieg – oder zumindest ein gleichbleibendes Ergebnis. Die Befragten in diesen Ländern beurteilen die Chancen auf Erreichung der Ziele der Strategie Europa 2020 somit skeptischer als noch im Herbst 2010.

3. DIE PRIORITÄTEN DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR JEDE DER MASSNAHMEN

- Beschäftigung von jungen Menschen, soziale Absicherung, Ausbildung und Förderung von erneuerbaren Energien werden von den EU-Bürgern als vorrangig betrachtet -

Wie bereits bei der vorhergehenden Befragung im Herbst 2010 (EB74) wurden die EU-Bürger gebeten, ihre Meinung zu den vorrangigen Maßnahmen im Rahmen der sieben Leitinitiativen der Strategie Europa 2020 abzugeben: Innovation, Jugend, Internet, Energie, Industrie, Beschäftigung und Ausbildung sowie Armutsbekämpfung. In jedem dieser Bereiche wurden den Befragten drei Maßnahmen vorgeschlagen. Zuerst wurden sie gebeten, die ihrer Ansicht nach wichtigste Priorität (erstens?) zu nennen - hierbei war nur eine Antwort möglich - und anschließend sollten sie die übrigen (und dann?) Prioritäten angeben, wobei mehrere Antworten möglich waren. Die Antworten auf beide Teile zusammengefasst ergeben eine Gesamtreihung. In diesem Bericht analysieren wir diese beiden Hierarchien.

Als wichtigste Schlussfolgerung lässt sich der Analyse entnehmen, dass die Ergebnisse im Vergleich zu jenen der Befragung im Herbst 2010 weitgehend gleich geblieben sind. Die vorhergehende Befragung ergab, dass die von der Union vorgeschlagenen Prioritäten zur Förderung der europäischen Innovation, zur Unterstützung der Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt, zur Förderung des Internetzugangs für alle, zur Verbesserung der Effizienz des Energieverbrauchs, zur Förderung der europäischen Industrie, zur Verbesserung der Beschäftigung und Qualifikation der arbeitsfähigen Bevölkerung und zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung von der EU-Bevölkerung in hohem Maße gutgeheißen wurden, was zeigte, dass die Bevölkerung eine Fülle von Erwartungen hinsichtlich der konkreten Maßnahmen als möglichen Ausweg aus der Krise hatte. **Diese Schlussfolgerungen sind sechs Monate später ebenso gültig: Von den 21 getesteten Maßnahmen werden 19 von einer absoluten Mehrheit der EU-Bürger als vorrangig erachtet.**

Zudem bestätigt diese Frage, wie besorgt die EU-Bürger in Bezug auf Sozial- und Umweltbelange sind. Von den 21 getesteten Maßnahmen sind die Erhöhung der Beschäftigung von jungen Menschen (insgesamt 83% der Befragten bewerten diese Maßnahme als vorrangig), die Erhöhung der allgemeinen Bildungsqualität auf allen Bildungsstufen (80% der Befragten), Verbesserung der Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für die arbeitsfähige Bevölkerung (76%), Erhaltung der Systeme für soziale Absicherung und Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsdiensten (73%) sowie die Förderung erneuerbarer Energien (73%) jene Maßnahmen, die nach Meinung der EU-Bürger am vorrangigsten von der EU umgesetzt werden sollten⁵.

⁵ QB3-B9. Wenn Sie nun einmal an das Thema Innovation/junge Menschen/Internet/Energie/Industrie/Arbeitsplätze und Qualifikationen/Armut denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens? Und dann?

3.1 Prioritäten im Bereich Innovation

Mit 40% der Befragten (+2 Prozentpunkte gegenüber EB74) wünscht sich die EU-Bevölkerung im Bereich Innovation vorrangig eine **Konzentration der Forschung auf neue Herausforderungen wie den Klimawandel, Energieeffizienz und Ressourceneffizienz**. Was die Hierarchie bei der ersten Antwort angeht, steht diese Maßnahme übrigens deutlich vor der stärkeren finanziellen Unterstützung der Forschung (28%, -1) und der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Forschern (25%, unverändert).

Fasst man alle Antworten zusammen, sind die Abstände in der Hierarchie knapper und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Forschern nimmt den zweiten Platz ein. Maßgeblicher als diese Reihung ist jedoch die Tatsache, dass mindestens sechs von zehn EU-Bürgern die drei zu beurteilenden Maßnahmen als vorrangig betrachten.

QB3a. Wenn Sie nun einmal an das Thema Innovation denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens?



■ EB75 Fr.2011
■ EB74 Hbt.2010

QB3T. Prioritäten der EU (Innovation) - Erstens? Und dann?



● EU27

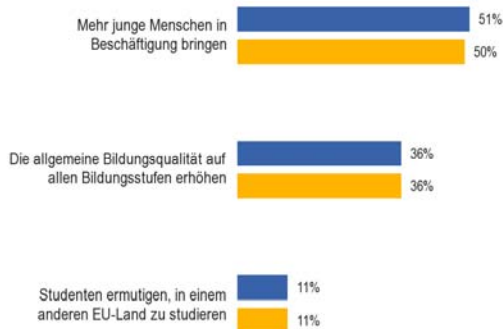
3.2 Prioritäten in Bezug auf junge Menschen

Mehr junge Menschen in Beschäftigung zu bringen erweist sich klar als die oberste Priorität der europäischen Bevölkerung im Bereich der Jugendpolitik. 51% der Befragten nennen die Erhöhung der Beschäftigung von jungen Menschen als erste Antwort (+1 gegenüber der vorhergehenden Befragung), deutlich dahinter liegt die Erhöhung der allgemeinen Bildungsqualität auf allen Bildungsstufen (36%, unverändert) und noch weiter abgeschlagen folgt die Ermutigung von Studenten, in einem anderen EU-Land zu studieren (11%, unverändert). Von den 21 zu beurteilenden Maßnahmen ist die Beschäftigung von mehr jungen Menschen die einzige, die bereits bei der ersten Auswahl der Befragten die absolute Mehrheit erlangt.

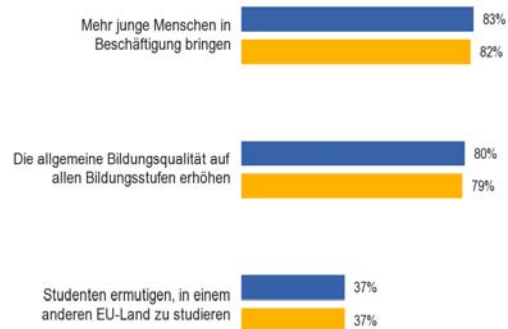
Zusammengefasst erweisen sich die Maßnahmen zugunsten der Beschäftigung von jungen Menschen (83%, +1) und der allgemeinen Bildungsqualität (80%, +1) deutlich als die zwei vorrangig bewerteten Bereiche, während die Förderung der Mobilität von Studenten von den EU-Bürgern klar als nachrangig betrachtet wird (37%, unverändert). Letztere Maßnahme ist übrigens Teil zweier Maßnahmen, die bei Zusammenfassung aller Antworten keine mehrheitliche Zustimmung erhalten.

Jene Befragten, die vorrangig von der Jugendpolitik betroffen sind, nämlich die 15 bis 24-Jährigen, äußern sich annähernd gleich wie die Gesamtheit der EU-Bürger. Sie reihen die Prioritäten ähnlich, und kaum mehr als der europäische Durchschnitt (15% gegenüber 11%) sprechen sich für die Förderung der Mobilität von Studenten als oberste Priorität einer europäischen Politik für die junge Bevölkerung aus.

QB4a. Wenn Sie an junge Menschen denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens?



QB4T. Prioritäten der EU (Junge Menschen) - Erstens? Und dann?



■ EB75 Fr.2011
■ EB74 Hbt.2010

● EU27

3.3 Prioritäten in Bezug auf das Internet

Die Maßnahme im Bereich der digitalen Politik, von der sich die Bürger wünschen, dass ihr von der EU oberste Priorität eingeräumt wird, ist der **Ausbau des Breitbandzugangs für alle europäischen Bürger**. Mit 35% der Antworten (+1 gegenüber dem Herbst 2010) wird diese Ansicht am häufigsten vertreten, gefolgt von der Stärkung des Vertrauens in elektronischen Handel (25%, +2) und der Entwicklung weiterer Internetdienste für Bürger (23%, unverändert).

Fasst man alle Antworten zusammen, zeigt sich, dass die drei Maßnahmen von den EU-Bürgern mehrheitlich als vorrangig betrachtet werden, wobei der Ausbau des Breitbandzugangs an oberster Stelle bleibt. Den zweiten Platz belegt die Entwicklung weiterer Internetdienste.

QB5a. Wenn Sie an das Thema Internet denken, was sollte da Ihrer Meinung nach für die EU Vorrang haben? Erstens?



■ EB75 Fr.2011
■ EB74 Hbt.2010

QB5T. Prioritäten der EU (Internet) - Erstens? Und dann?



● EU27

3.4 Prioritäten im Bereich Energie

Im Bereich der Energiepolitik ist **die Förderung erneuerbarer Energien** jene Maßnahme, der von den Europäern oberste Priorität eingeräumt wird. Sie steht in der Reihung zuoberst, sowohl bei der ersten Auswahl (39%, +2 gegenüber dem Herbst 2010) als auch bei den Antworten insgesamt (73%, +2) und verzeichnet somit sogar einen leichten Anstieg. Mit jeweils 32% (+1) und 63% (+2) der Antworten steht finanzielle Unterstützung für Kleinunternehmen und Haushalte, um deren Energieverbrauch effizienter zu machen, an zweiter Stelle. Den dritten Rang nimmt die Reduktion des CO₂-Ausstoßes im Verkehrsbereich ein. So wird diese Maßnahme von 24% der Europäer an erster Stelle genannt (-2) und insgesamt von 59% (-2). Dies sind jedoch letztendlich wieder jene drei Maßnahmen, die in Bezug auf die Dringlichkeit ihrer Umsetzung eine absolute Mehrheit der Antworten erhalten.

QB6a. Wenn Sie an das Thema Energie denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens?



■ EB75 Fr.2011
■ EB74 Hbt.2010

QB6T. Prioritäten der EU (Energie) - Erstens? Und dann?



● EU27

3.5 Prioritäten im Bereich Industrie

Die Erleichterung der Unternehmensgründung hat bei den EU-Bürgern im Bereich der Wirtschafts- und Industriepolitik oberste Priorität. So nennen 36% der Befragten diese Maßnahme zuerst (wie bei der vorhergehenden Befragung) und 70% insgesamt (+3). Mit 33% der ersten Antworten (+2%) und 63% insgesamt (+2) folgt der Wunsch, dass die EU möglichst das Beste aus den Möglichkeiten der grünen Wirtschaft herausholen soll, dicht gefolgt von der Erleichterung der Unternehmensgründung. Auch wenn diese etwas seltener angeführt wird (25% nennen diese zuerst (-1) und 57% insgesamt (-1)), ist die Umstrukturierung von Industriezweigen, die sich in Schwierigkeiten befinden, den EU-Bürgern durchaus ein Anliegen. Unternehmensgründung, das Beste aus den Möglichkeiten der grünen Wirtschaft herauszuholen, Umstrukturierung von Industriezweigen - dies sind die drei Maßnahmen, denen die absolute Mehrheit der Europäer Priorität einräumt.

QB7a. Wenn Sie an das Thema Industrie denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens?



■ EB75 Fr.2011
■ EB74 Hbt.2010

QB7T. Prioritäten der EU (Industrie) - Erstens? Und dann?

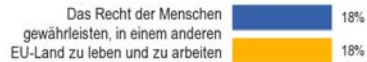
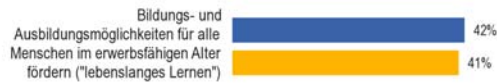


● EU27

3.6 Prioritäten im Bereich Arbeitsplätze und Qualifikationen

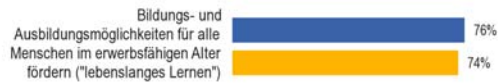
Die Förderung von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle Menschen im arbeitsfähigen Alter steht in diesem Bereich an oberster Stelle der Maßnahmen, die sich die EU-Bürger in diesem Bereich von der EU wünschen. So wird diese Initiative zu 42% als "erste Antwort" genannt (+1 Prozentpunkt gegenüber dem Herbst 2010) und zu 76% insgesamt (+2). Knapp danach folgt die Vorgabe „Menschen bei der Anpassung an neue Arbeitsbedingungen und mögliche berufliche Veränderungen unterstützen“, die 36% (-1) bzw. 75% (+1) der Antworten erhält. Weit abgeschlagen hinter diesen Prioritäten stehen die Gewährleistung des Rechts der Menschen, in einem anderen EU-Land zu leben und zu arbeiten ("nur" 18% der erstgenannten Antworten (unverändert) und 46% insgesamt (unverändert)). Diese Maßnahme zählt zu jenen beiden Initiativen, die nicht von einer Mehrheit als vorrangig betrachtet werden. Dies könnte daran liegen, dass dieses Recht von den meisten EU-Bürgern ohnehin nicht als gefährdet angesehen wird.

QB8a. Wenn Sie an die Themen Arbeitsplätze und Qualifikationen denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens?



■ EB75 Fr.2011
■ EB74 Hbt.2010

QB8T. Prioritäten der EU (Arbeitsplätze und Qualifikationen) - Erstens? Und dann?



● EU27

3.7 Prioritäten im Bereich der Armutsbekämpfung

Zusammengefasst werden alle zu beurteilenden Maßnahmen in Bezug auf Armutsbekämpfung von der absoluten Mehrheit der Europäer als vorrangig betrachtet. **Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungs- und Rentensysteme und verbesserter Zugang zu Gesundheitssystemen** stehen in der Reihung der erstgenannten Antworten zuoberst (40%, +1 Prozentpunkt seit EB74), ebenso bei den zusammengefassten Antworten (73%, +1). Die Bereitstellung innovativer Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für diejenigen, die am stärksten gefährdet sind, nimmt den zweiten Platz ein – für 31% der EU-Bürger hat diese oberste Priorität (-1) und 67% (+1) der Antworten insgesamt entfallen auf diese Maßnahme. Danach folgt mit 25% der erstgenannten Antworten (unverändert) und 59% insgesamt (unverändert) die Bekämpfung von Diskriminierung.

QB9a. Wenn Sie an das Thema Armut denken, was sollte da Ihrer Meinung nach Vorrang für die EU haben? Erstens?



■ EB75 Fr.2011
■ EB74 Hbt.2010

QB9T. Prioritäten der EU (Armut) - Erstens? Und dann?



● EU27

Den 19 Maßnahmen, die auf EU-Ebene von einer absoluten Mehrheit als vorrangig bewertet werden, wird auch auf nationaler Ebene in fast allen Fällen Priorität eingeräumt. Gewiss gibt es **einige landesspezifische Unterschiede** bezüglich der Reihung der obersten Priorität in den jeweiligen Maßnahmenbereichen. Die nachstehende Analyse fasst diese Ergebnisse zusammen. Somit tun diese Schwankungen von Land zu Land der wichtigsten Lehre, die sich aus dieser Frage ziehen lässt, keinen Abbruch: **Die EU-Bürger erwarten generell von der EU, dass sie eine aktive Politik umsetzt, die darauf abzielt, umweltfreundliches Wachstum und nachhaltige Entwicklung zu fördern, Arbeitsplätze und Qualifikationen fördert und sozialen Schutz und Zugang zu Gesundheitssystemen für alle gewährleistet.**

Innovation

In diesem Bereich zeigt sich zwischen den Ländern der Euro-Zone und den übrigen ein geringfügiger Unterschied: In ersteren wird etwas häufiger die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Forschern genannt (65%, an zweiter Stelle, gegenüber 56% außerhalb der Eurozone, wo diese an dritter Stelle steht). Konzentration der Forschung auf neue Herausforderungen, wie z.B. den Klimawandel, Energie- und Ressourceneffizienz hat für beide Ländergruppen oberste Priorität (71% bzw. 64%). In den nordischen Ländern (Dänemark, Schweden, Finnland) und in Deutschland und den Niederlanden wünscht man sich im Bereich der Innovationspolitik von der EU am häufigsten die Ausrichtung der Forschung auf neue Herausforderungen, wie z.B. den Klimawandel, Energie- und Ressourceneffizienz als *oberste Priorität*. Ebenso verhält es sich bei den Befragten auf Zypern und der Slowakei. Spanien und Estland unterscheiden sich von den übrigen Ländern dadurch, dass sie die einzigen Länder sind, in denen die Erhöhung der finanziellen Unterstützung für die Forschung in der Prioritätenliste *zuoberst* steht. Lediglich die Befragten in Italien und Portugal räumen bei den vorrangigen Maßnahmen der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Forschern oberste Priorität ein.

Jugend

In den EU15-Ländern führen etwas mehr Befragte die Erhöhung der allgemeinen Bildungsqualität auf allen Bildungsebenen an (81% gegenüber 74% in den NMS12). In den NMS12 wiederum wird deutlich häufiger die Ermutigung von Studenten, in einem anderen Land zu studieren, angeführt (45% gegenüber 35% in den EU15-Ländern). Die Hierarchie der drei Prioritäten hingegen ist bei den zwei Ländergruppen unverändert geblieben. Im Detail zeigt die länderspezifische Analyse, dass die Befragten in den Niederlanden, Lettland, Luxemburg und Dänemark die allgemeine Erhöhung der Bildungsqualität auf allen Ebenen als *oberste Priorität* sehen, während alle übrigen Länder der Union die Beschäftigung von jungen Menschen an erster Stelle anführen: In Finnland, Polen und Ungarn sind es sogar zwei Drittel der Befragten oder annähernd so viele, die diese Maßnahme als *erste Antwort* anführen.

Internet

Die Entwicklung weiterer Internetdienste für Bürger steht für die Befragten in Estland, Luxemburg, Bulgarien, Rumänien und Zypern an oberster Stelle. Für die Bewohner der Mittelmeerregion wiederum hat die Stärkung des Vertrauens der Verbraucher in den elektronischen Handel *oberste Priorität*: Diese Priorität wird in Italien, Griechenland und Portugal am häufigsten als *erste Antwort* angeführt.

In allen anderen Ländern der Union reihen die Befragten den Ausbau des Breitbandzugangs auf der Prioritätenliste zuoberst. Zwischen den Befragten der Euro-Zone und den übrigen Befragten sind gewisse Unterschiede zu beobachten: Obwohl der Ausbau des Breitbandzugangs für alle europäischen Bürger in beiden Ländergruppen an erster Stelle steht, führen in der Euro-Zone mehr Befragte die Stärkung des Vertrauens in den elektronischen Handel an (54% ex aequo an zweiter Stelle gegenüber 46% der Befragten außerhalb der Euro-Zone, wo diese Maßnahme an dritter Stelle steht).

Energie

Der Wunsch der Förderung erneuerbarer Energiequellen als *oberste Priorität* der Union erweist sich in den Niederlanden, den nordischen Ländern und Deutschland als besonders ausgeprägt. In Rumänien und Bulgarien hingegen ist dieser deutlich geringer. Mit mehr als 40% der Antworten (gegenüber 32% im Unions-Durchschnitt) äußern die Befragten in Lettland, Irland und Ungarn eine besondere Präferenz für die finanzielle Unterstützung von Kleinunternehmen und Haushalten, um deren Energieverbrauch effizienter zu machen. Die Befragten auf Zypern schließlich heben sich dadurch ab, dass sie die einzigen sind, die als *erste Antwort* die Reduktion des CO₂-Ausstoßes im Verkehrsbereich anführen. Auch in Bulgarien, Schweden, Griechenland, Luxemburg und Slowenien zeigt sich mit mehr als 30% der Antworten (gegenüber 24% im europäischen Durchschnitt) eine ausgeprägte Befürwortung der Reduktion des CO₂-Ausstoßes im Verkehrsbereich.

Industrie

Alles daran zu setzen, das Beste aus den Möglichkeiten der grünen Wirtschaft herauszuholen, wird in diesem Bereich als oberste Priorität für die Union gereiht. So wird diese Antwort in Deutschland, Dänemark, Slowenien, Österreich, der Slowakei, den Niederlanden, Luxemburg und Schweden von 40% der Befragten *als erstes* angeführt (in Schweden gleichauf mit der Erleichterung der Unternehmensgründung).

Die Befragten in Portugal und auf Malta sind die einzigen in der EU, die sich als *oberste Priorität* für die Union die Umstrukturierung der Industriezweige wünschen, die sich in Schwierigkeiten befinden. Zu guter Letzt wünscht man sich besonders in Lettland und Irland die Erleichterung der Unternehmensgründung. So gibt es in diesen beiden Ländern eine absolute Mehrheit an Befragten, die im Bereich Industrie diese Maßnahme als oberste Priorität für die EU sieht.

Arbeitsplätze und Qualifikationen

Im Bereich Arbeitsplätze und Qualifikationen weichen die Ergebnisse der EU15-Länder spürbar von jenen der NMS12 ab: So wird die Förderung von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle Menschen im erwerbsfähigen Alter („lebenslanges Lernen“) in den EU15-Ländern wesentlich häufiger als *erste Antwort* angeführt als in den NMS12 (45% als oberste Priorität gegenüber 29% an zweiter Stelle). Die NMS12 dagegen geben der Unterstützung von Menschen bei der Anpassung an neue Arbeitsbedingungen und mögliche berufliche Veränderungen den Vorzug (43% als erste Priorität gegenüber 34% in den EU15-Ländern).

Bei Betrachtung der nationalen Ergebnisse werden diese Unterschiede noch deutlicher: Die Umsetzung von Politiken, um Menschen bei der Anpassung an neue Arbeitsbedingungen und mögliche berufliche Veränderungen zu unterstützen, wünscht sich die absolute Mehrheit der Befragten auf Zypern, in Griechenland und Ungarn als *oberste Priorität* für die Union. In Schweden, Großbritannien und Dänemark hingegen sind sich die Befragten einig, dass Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten ("lebenslanges Lernen") Vorrang vor den übrigen Maßnahmen haben sollten.

Kampf gegen Armut

Die Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungs- und Rentensysteme und des verbesserten Zugangs zu Gesundheitssystemen wird von der absoluten Mehrheit der Befragten in Lettland, Bulgarien, Schweden, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Griechenland und Litauen an oberster Stelle gereiht. In Irland, auf Zypern, in Luxemburg und den Niederlanden, in Frankreich und auf Malta sowie in Großbritannien (gleichauf mit der Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungs- und Rentensysteme und des verbesserten Zugangs zu Gesundheitssystemen) wird die Bereitstellung innovativer Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für diejenigen, die am stärksten gefährdet sind, als oberste Priorität angeführt, ohne jedoch die absolute Mehrheit der Nennungen zu erlangen.

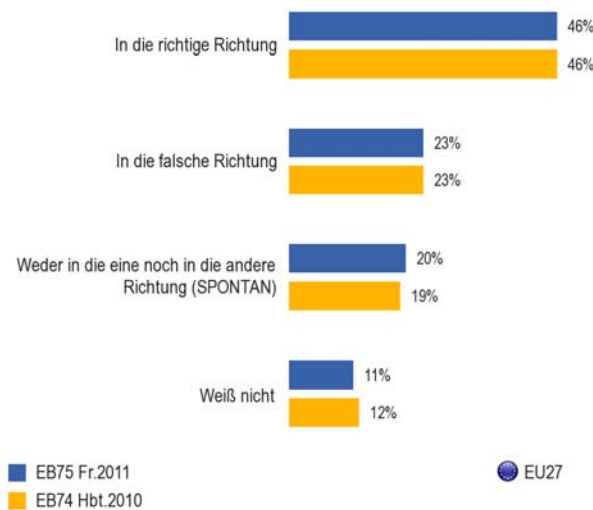
Was die Antworten insgesamt angeht, so lassen sich zwischen Ländergruppen gewisse Unterschiede beobachten. Noch ausgeprägter aber sind diese zwischen einzelnen Mitgliedstaaten. **Zwischen den verschiedenen soziodemographischen Profilen der EU-Bürger sind hingegen kaum Unterschiede erkennbar.**

4. DIE RICHTUNG, IN DIE SICH DIE EUROPÄISCHE UNION ZUR ÜBERWINDUNG DER KRISE BEWEGEN SOLL

Die Beurteilung der EU-Politik zur Bewältigung der Krise ist unverändert geblieben. **Wie beim Standard-Eurobarometer vom Herbst 2010 sind 46% der Europäer der Meinung, dass sich die EU „in die richtige Richtung bewegt“, während 23% sagen, sie bewege sich in die falsche Richtung.** 20% (+1 Prozentpunkt) meinen, dass sich die Union weder in die eine noch in die andere Richtung bewegt, und 11% (-1 Prozentpunkt) antworten mit "Weiß nicht". Somit ist die Haltung der EU-Bürger im Hinblick auf diesen Indikator weitgehend gleich geblieben⁶.

Die Bewertung der EU-Politik zur Bewältigung der Krise ist je nach Ländergruppe sehr unterschiedlich. So sind 55% der Befragten in jenen Ländern, die nicht Teil der Eurozone sind, der Ansicht, die EU bewege sich in die richtige Richtung, wohingegen nur 42% der Bewohner der Euro-Zone dieser Meinung sind.

QB10. Nachdem Sie nun die Prioritäten der EU kennen, sind Sie da der Meinung, dass sich die EU in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen?

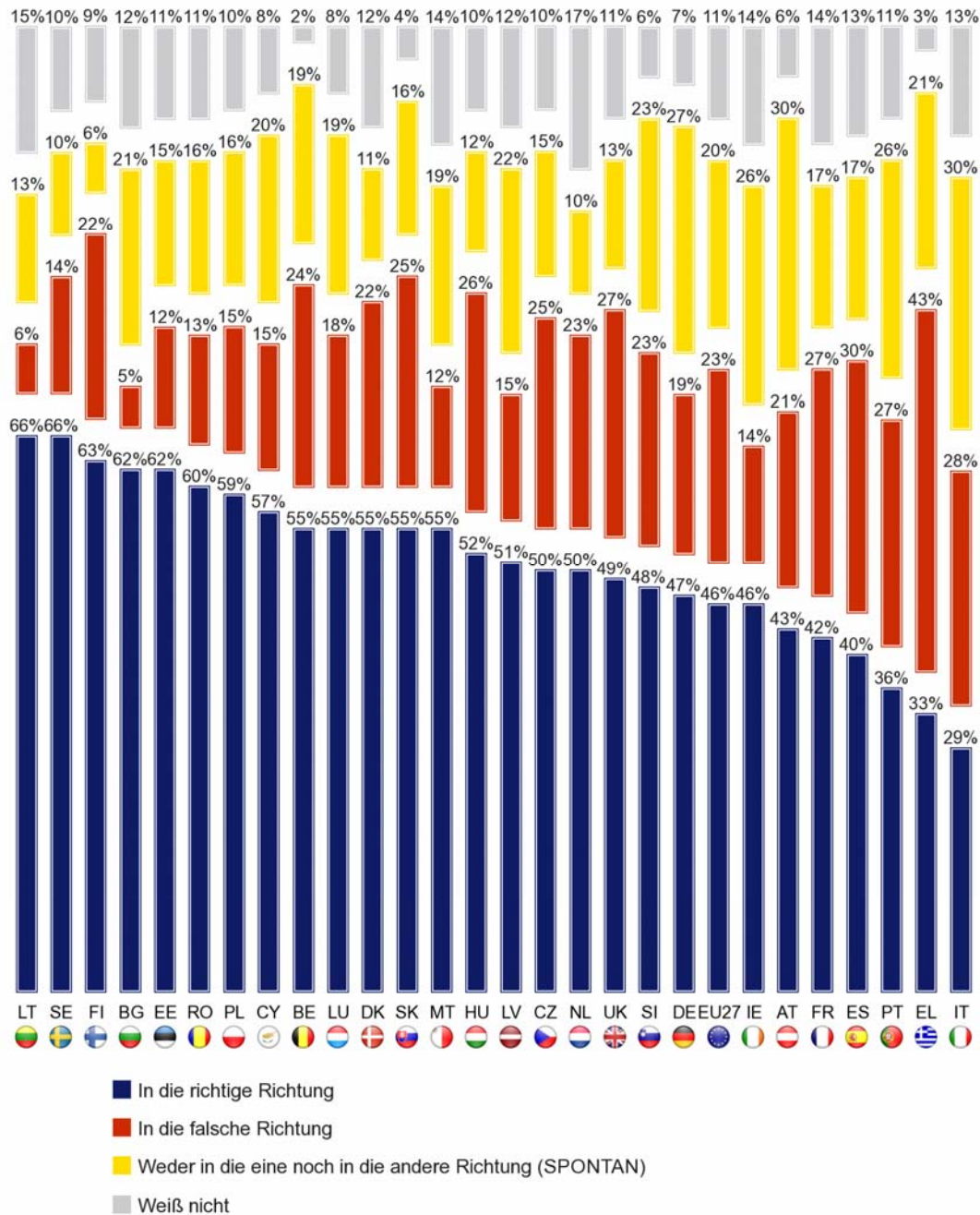


Die Detailanalyse der nationalen Ergebnisse zeigt, dass es diesbezüglich erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gibt. In 17 Ländern der Europäischen Union beurteilt eine absolute Mehrheit der Befragten den eingeschlagenen Weg als den richtigen. Führend sind hierbei vor allem Litauen (66%), Schweden (66%), Finnland (63%), Bulgarien (62%) und Estland (62%). In acht weiteren Ländern ist eine relative Mehrheit dieser Meinung. Das Gefühl, dass sich die Union in die richtige Richtung bewegt, ist somit - wenn auch unterschiedlich stark

ausgeprägt - in insgesamt 25 Ländern vorherrschend. Zwei Länder heben sich jedoch klar vom Durchschnitt ab: Zum einen Italien, wo eine relative Mehrheit der Befragten *spontan* „Weder in die eine noch die andere Richtung“ angibt (30%), und zum anderen Griechenland, welches das einzige Land ist, in dem eine relative Mehrheit der Befragten meint, die Union bewege sich in die falsche Richtung (43% gegenüber 33%, die das Gegenteil meinen).

⁶ QB10. Nachdem Sie nun die Prioritäten der EU kennen, sind Sie da der Meinung, dass sich die EU in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen?

QB10. Nachdem Sie nun die Prioritäten der EU kennen, sind Sie da der Meinung, dass sich die EU in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen?



Was die länderspezifische Entwicklung angeht, sind mehrere Aspekte erwähnenswert. Die positiven Meinungen in Bezug auf die Richtung, in die sich die EU bewegt, sind in Polen und der Slowakei spürbar, nämlich um 10 Punkte, zurückgegangen (von 69% auf 59% bzw. von 65% auf 55%). Auf Zypern und in Großbritannien wiederum ist die Meinung in Bezug auf den von der EU zur Bewältigung der Krise und zur Begegnung neuer Herausforderungen eingeschlagenen Weg deutlich positiver geworden (57%, +11 Prozentpunkte bzw. 49%, +12 Prozentpunkte).

Die soziodemographische Analyse zeigt, dass die Richtung, die die Europäische Union zur Bewältigung der Krise verfolgt, von den jungen Befragten und von jenen, die gesellschaftlich höher gestellt sind, stärker befürwortet wird. So äußern sich 55% der 15-24-Jährigen positiv über die Richtung, die die EU zur Bewältigung der Krise verfolgt, wohingegen es bei den Befragten ab 55 Jahren nur 41% sind. Aber auch 53% derjenigen, die auch nach dem Alter von 19 Jahren ihre Ausbildung fortgesetzt haben, 57% der leitenden Angestellten und 54% derjenigen, die gesellschaftlich am höchsten gestellt sind, äußern sich positiv, während nur 35% der Befragten, die im Alter von 15 Jahren oder früher ihre Ausbildung beendet haben, 44% der Arbeiter und 39% der Befragten aus der untersten Gesellschaftsschicht dieser Meinung sind.

QB10 Nachdem Sie nun die Prioritäten der EU kennen, sind Sie da der Meinung, dass sich die EU in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung bewegt, um die Krise zu überwinden und um den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen?

	In die richtige Richtung	In die falsche Richtung	Weder in die eine noch in die andere Richtung (SPONTAN)	Weiß nicht
EU27	46%	23%	20%	11%

Alter

15-24	55%	22%	14%	9%
25-39	50%	23%	19%	8%
40-54	45%	25%	20%	10%
55 +	41%	24%	21%	14%

Ausbildung (Ende der)

15-	35%	28%	23%	14%
16-19	46%	25%	19%	10%
20+	53%	19%	18%	10%
Studiert noch	59%	18%	15%	8%

Berufliche Situation der Befragten

Selbstständige	45%	24%	22%	9%
Leitende Angestellte	57%	16%	19%	8%
Andere Angestellte	48%	24%	18%	10%
Arbeiter	44%	27%	19%	10%
Hausfrauen / -männer	39%	26%	21%	14%
Arbeitslose	43%	28%	18%	11%
Rentner / Pensionäre	42%	23%	21%	14%
Schüler / Studenten	59%	18%	15%	8%

Selbsteinstufung auf der gesellschaftlichen Skala

Niedrig (1-4)	39%	28%	21%	12%
Mittel (5-6)	47%	22%	20%	11%
Hoch (7-10)	54%	20%	18%	8%

TECHNISCHER HINWEIS

Zwischen dem 6. und dem 26. Mai 2011, hat TNS Opinion & Social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Forschung und Verfassen von Reden“, die EUROBAROMETER-Umfragewelle 75.3 durchgeführt.

Die STANDARD-EUROBAROMETER 75 ist Teil der Umfragewelle 75.3 und deckt die Gruppe der mindestens 15 jährigen Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben. Die STANDARD-EUROBAROMETER 75 wurde außerdem in den fünf Bewerberländern (Kroatien, die Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island und Montenegro) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können. In den einzelnen Ländern wurden jeweils mit einer zur Bevölkerungszahl (um jeweils das gesamte Land abzudecken) und Bevölkerungsdichte proportionalen Wahrscheinlichkeit mehrere Erhebungspunkte durch Ziehung ermittelt.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.020	06/05/2011	24/05/2011	8.939.546
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.000	06/05/2011	16/05/2011	6.537.510
CZ	Tschechische Rep.	TNS Aisa	1.022	07/05/2011	20/05/2011	9.012.443
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.007	06/05/2011	23/05/2011	4.561.264
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.535	06/05/2011	22/05/2011	64.409.146
EE	Estland	Emor	1.000	06/05/2011	24/05/2011	945.733
IE	Irland	Ipsos MRBI	1.015	09/05/2011	22/05/2011	3.522.000
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	07/05/2011	21/05/2011	8.693.566
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.010	09/05/2011	24/05/2011	39.035.867
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.022	06/05/2011	24/05/2011	47.756.439
IT	Italien	TNS Infratest	1.039	06/05/2011	22/05/2011	51.862.391
CY	Zypern (Republik)	Synovate	501	06/05/2011	21/05/2011	660.400
LV	Lettland	TNS Latvia	1.007	06/05/2011	23/05/2011	1.447.866
LT	Litauen	TNS Gallup Lithuania	1.026	07/05/2011	22/05/2011	2.829.740
LU	Luxemburg	TNS ILReS	501	06/05/2011	19/05/2011	404.907
HU	Ungarn	TNS Hungary	1.019	06/05/2011	22/05/2011	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	06/05/2011	21/05/2011	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.016	06/05/2011	22/05/2011	13.371.980
		Österreichisches Gallup-				
AT	Österreich	Institut	1.018	06/05/2011	22/05/2011	7.009.827
PL	Polen	TNS OBOP	1.000	07/05/2011	23/05/2011	32.413.735
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.048	07/05/2011	22/05/2011	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.023	06/05/2011	20/05/2011	18.246.731
SI	Slovenien	RM PLUS	1.018	06/05/2011	22/05/2011	1.759.701
SK	Slowakei	TNS Slovakia	1.010	10/05/2011	25/05/2011	4.549.955
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.003	07/05/2011	26/05/2011	4.440.004
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.044	06/05/2011	22/05/2011	7.791.240
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.309	06/05/2011	23/05/2011	51.848.010
TOTAL EU27			26.713	06/05/2011	26/05/2011	408.787.006
	Türkisch-zyprische					
CY (tcc)	Gemeinschaft	Kadem	500	07/05/2011	19/05/2011	143.226
HR	Kroatien	Puls	1.000	07/05/2011	25/05/2011	3.749.400
TR	Türkei	TNS PIAR	1.000	06/05/2011	22/05/2011	54.844.406
	Ehemalige					
	jugoslawische					
MK	Republik Mazedonien	TNS Brima	1.056	06/05/2011	12/05/2011	1.678.404
IS	Island	Capacent	500	06/05/2011	24/05/2011	252.277
ME	Montenegro	TNS Medium Gallup	1.000	07/05/2011	22/05/2011	492.265
TOTAL			31.769	06/05/2011	26/05/2011	469.946.984

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind oben angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Stichprobenanteil	10% oder 90%	20% oder 80%	30% oder 70%	40% oder 60%	50%
Konfidenzgrenzen	± 1,9 Punkte	± 2,5 Punkte	± 2,7 Punkte	± 3,0 Punkte	± 3,1 Punkte